

## 334 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

# Bericht des Verfassungsausschusses

### über die Regierungsvorlage (293 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (3. BDG-Novelle 1991) und das Gehaltsgesetz 1956 geändert werden

Gegenstand der dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung zugewiesenen Regierungsvorlage sind im wesentlichen dienstrechtliche Regelungen, durch welche die Frist für die Rückwirkung von Ernennungen auf sechs Monate verlängert wird und die eine rückwirkende Definitivstellung von Beamten bei Einstellung des Disziplinarverfahrens, Freispruch oder Schuldspruch ohne Strafe vorsehen. Ferner wird eine Hemmung des Laufes der Verjährungsfrist ab dem Zeitpunkt der Erstattung der Strafanzeige an den Staatsanwalt, wenn der der Dienstpflichtverletzung zugrunde liegende Sachverhalt Gegenstand der Strafanzeige ist, bis zur Zurücklegung derselben durch den Staatsanwalt vorgeschlagen, die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Abzug von Geldstrafen und Geldbußen von den Ruhebezügen und eine Regelung hinsichtlich der Religionslehrer an Religionspädagogischen Akademien.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 4. Dezember 1991 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Ilse Mertel, Dr. Khol und Gratzner einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes in der von den Abgeordneten Dr. Ilse Mertel, Dr. Khol und Gratzner vorgeschlagenen Fassung zu empfehlen.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Ilse Mertel, Dr. Khol und Gratzner berücksichtigt das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Verhandlungskomitee der Gebietskörperschaften und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über eine Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst. Der am 22. November 1991 erzielte Gehaltsabschluß sieht eine Erhöhung der Bezüge (mit Ausnahme der Haus-

haltszulage) der öffentlich Bediensteten ab 1. Jänner 1992 um 4,3% vor. Gehälter und Monatsentgelte werden jedoch mindestens um 630 S erhöht. Die Laufzeit des Abkommens endet mit 31. Dezember 1992.

Diese Bezugsenerhöhung erfordert Mehrkosten von 8,3 Milliarden Schilling je Kalenderjahr.

Mit dem angeführten Betrag sind auch die vergleichbaren Maßnahmen erfaßt, die in einer ebenfalls eingebrachten entsprechenden Änderung der Bundesbahn-Besoldungsordnung und der Bundesbahn-Dienst- und Lohnordnung enthalten sind.

Daneben enthält der Abänderungsantrag einige Anpassungsregelungen, die aus Anlaß der auf Grund der Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz-Novelle (LDG-Novelle) BGBl. Nr. 372/1989 mit 1. Jänner 1992 wirksam werdenden Überstellung herkömmlich ausgebildeter Volksschullehrer mit Zusatzausbildung aus der Verwendungsgruppe L 2a 1 (Entlohnungsgruppe 1 2a 1) in der Verwendungsgruppe L 2a 2 (Entlohnungsgruppe 1 2a 2) notwendig werden. Die Anpassungsregelung soll bewirken, daß die Besuchsschullehrertätigkeit von Volksschullehrern nicht nur in der bisherigen, sondern auch in der neuen Verwendungs- oder Entlohnungsgruppe abgegolten wird. Sie soll ferner bewirken, daß Volksschullehrer, die zB an Haupt- oder Sonderschulen unterrichten und aus diesem Grund bisher eine Dienstzulage erhalten haben, aus Anlaß der Überstellung zum 1. Jänner 1992 keine absolute Schlechterstellung erfahren. Die Kostenangaben für die Überstellung der Volksschullehrer im Entwurf der LDG-Novelle BGBl. Nr. 372/1989 sind nicht von einem Zulagenentfall ausgegangen. Die im Abänderungsantrag vorgesehenen Währungsmaßnahmen verursachen daher gegenüber der bisherigen Regelung keine Mehrkosten.

Die Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung dieses Bundesgesetzes ergibt sich aus Artikel 10 Abs. 1 Z 16 B-VG.

EG-Normen werden durch die getroffenen Regelungen nicht berührt.

Im einzelnen wird zum Gesetzentwurf bemerkt:

**Zum Titel:**

Da die Bezugserrhöhung nicht nur das Gehaltsgesetz 1956, sondern auch das Richterdienstgesetz, das Vertragsbedienstetengesetz 1948 und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 betrifft, ist der Titel der Regierungsvorlage entsprechend zu erweitern.

**Zu Art. 2 (Änderung des Gehaltsgesetzes 1956):**

**Zu Art. 2 Z 1 (§ 13 Abs. 11 GG 1956):**

Die Einfügung des § 59 a Abs. 5 a erfordert eine Anpassung der Zitierungen im § 13 Abs. 11.

**Zu Art. 2 Z 2 bis 19, 21 bis 24, 26, 28 bis 34, 36 und 38 bis 67:**

Die angeführten Bestimmungen regeln die Erhöhung der Bezugsansätze des Gehaltsgesetzes 1956.

**Zu Art. 2 Z 20 (§ 59 Abs. 4 und 4 a GG 1956):**

Nach § 59 Abs. 4 haben Lehrer der Verwendungsgruppe L 2a 2, die in bestimmten Unterrichtsgegenständen an Akademien verwendet werden, Anspruch auf eine Dienstzulage (Differenz auf das im Falle der Überstellung nach L 1 gebührende Gehalt). Die Umschreibung des Kreises der anspruchsberechtigten Personen soll unverändert bleiben.

Die Vorschriften für die Bemessung der Dienstzulage werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in einen neuen Abs. 4 a aufgenommen. Dieser nimmt in der Z 1 auch auf jene traditionell ausgebildeten Volksschullehrer Bedacht, die nach Absolvierung einer entsprechenden Zusatzausbildung und -prüfung ab 1. Jänner 1992 mit einem Überstellungsabzug von zwei Jahren in die Verwendungsgruppe L 2a 2 überstellt werden können. Für diese Lehrer wird klargestellt, daß sich ihre Dienstzulage ausgehend von jener besoldungsrechtlichen Stellung in L 2a 2 bemißt, die sich auf Grund dieses Überstellungsabzuges ergibt.

**Zu Art. 2 Z 25 bis 27, 35 und 37 (§ 59 a Abs. 4 bis 6, § 60 Abs. 6 und § 61 Abs. 4 GG 1956):**

Volksschullehrer, die eine übungsschulmäßig eingerichtete Besuchsschulklasse leiten, sowie Religionslehrer in vergleichbarer Verwendung erhalten gemäß § 59 a Abs. 4 Z 1 und 2 eine Dienstzulage.

Diese Regelung gilt nur für Lehrer der Verwendungsgruppen L 2a 1 und L 2b 1. Da für L 2a 1-Volksschullehrer und L 2a 1-Religionslehrer an Volksschulen nach Absolvierung einer entsprechenden Zusatzausbildung und -prüfung ab 1. Jänner 1992 die Möglichkeit der Überstellung nach L 2a 2 besteht, ist der Kreis der Anspruchsberechtigten auf die Verwendungsgruppe L 2a 2 auszudehnen. Andernfalls würde die gegenüber der herkömmlichen Verwendung hervorgehobene Tätigkeit als Besuchsschullehrer nicht mehr abgegolten werden.

Anlässlich der erforderlichen Novellierung des § 59 a Abs. 4 werden die Bemessungsvorschriften des § 59 a Abs. 5 durch eine tabellarische Darstellung und eine Zusammenfassung der Sonderbestimmungen im neuen § 59 Abs. 5 a übersichtlicher gestaltet. Eine inhaltliche Änderung ist damit nur in folgender Hinsicht verbunden: Es wird für jene Volksschullehrer (Religionslehrer), die ab 1. Jänner 1992 mit einem Überstellungsabzug von zwei Jahren in die Verwendungsgruppe L 2a 2 überstellt werden können, klargestellt, daß die Dienstzulage ausgehend von jener besoldungsrechtlichen Stellung in L 2a 2 zu bemessen ist, die sich auf Grund dieses Überstellungsabzuges ergibt.

Diese Änderungen machen es erforderlich, Zitierungen im § 59 a Abs. 6, § 60 Abs. 6 und § 61 Abs. 4 anzupassen.

**Zu Art. 2 Z 45 (§ 73 Abs. 1 GG 1956):**

Neben einer Anhebung der Bezüge enthält § 73 Abs. 1 auch eine textliche Änderung: Der Ausdruck „nach der Definitivstellung“ wird durch den Ausdruck „im definitiven Dienstverhältnis“ ersetzt. Diese textliche Änderung war bereits in der bisherigen Fassung der Regierungsvorlage enthalten. Auf die Erläuterungen hiezu wird verwiesen.

**Zu Art. 2 Z 68 (§ 94 GG 1956):**

§ 59 Abs. 5 Z 1 und § 60 Abs. 1 Z 1 enthalten Dienstzulagenbestimmungen für Lehrer der Verwendungsgruppe L 2a 1, die auf bestimmten für die Verwendungsgruppe L 2a 2 vorgesehenen Arbeitsplätzen verwendet werden. Werden derart verwendete Lehrer ab 1. Jänner 1992 mit Überstellungsabzug von zwei Jahren in die Verwendungsgruppe L 2a 2 überstellt, üben sie — gemessen an ihrer Verwendungsgruppe — keine höherwertige Tätigkeit mehr aus. Die Übertragung der für L 2a 1 vorgesehenen Dienstzulage auf die Verwendungsgruppe L 2a 2 ist daher nicht gerechtfertigt.

Bei einem ersatzlosen Entfall dieser Dienstzulage ergäbe sich allerdings für die nach L 2a 2 überstellten Lehrer eine absolute Schlechterstellung gegenüber ihrer bisherigen Besoldung, da das neue Gehalt wegen des Überstellungsabzuges nach der

nächstniedrigeren Gehaltsstufe der Verwendungsgruppe L 2a 2 zu bemessen ist, als jener, auf die sich die bisherige Differenzzulage bezog. Auch in den Fällen, in denen die Zulage nicht in einem Unterschiedsbetrag, sondern in Schillingbeträgen zu bemessen war, könnten sich vereinzelt Schlechterstellungen ergeben.

Um jede solche Schlechterstellung zu vermeiden, sieht § 94 für derart verwendete und mit 1. Jänner 1992 mit Überstellungsabzug nach L 2a 2 überstellte Lehrer an Stelle einer Dienstzulage eine Ergänzungszulage vor, die ihr bisheriges Gesamteinkommen wahr.

**Zu Art. 3 (Änderung des Richterdienstgesetzes):**

Dieser Artikel regelt die Erhöhung der Bezugsansätze des Richterdienstgesetzes.

**Zu Art. 4 (Änderung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948):**

**Zu Art. 4 Z 1 bis 5 und 7 bis 20:**

Diese Bestimmungen enthalten die Erhöhung der Entgeltansätze des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, von sondervertraglichen Entgelten und der Ausbildungsbeiträge für die Eignungsausbildung.

**Zu Art. 4 Z 6 (§ 41 Abs. 2 VBG 1948):**

§ 41 Abs. 2 rezipiert die Zulagenregelungen der beamteten Lehrer für die Vertragslehrer. Die Zitierungsänderungen stellen sicher, daß die durch den Abänderungsantrag bewirkten Änderungen bei den Zulagen der beamteten Lehrer auch für gleichartig eingestufte und verwendete Vertragslehrer wirksam werden.

**Zu Art. 4 Z 21 (§ 73 a VBG 1948):**

Auf die Erläuterungen zu Art. 2 betreffend die Einfügung des § 94 des Gehaltsgesetzes 1956 wird verwiesen.

**Zu Art. 5 (Änderung der Bundesforste-Dienstordnung 1986):**

Dieser Artikel enthält die Erhöhung der Bezugsansätze der Bundesforste-Dienstordnung 1986 und von sondervertraglichen Entgelten im Bereich der Österreichischen Bundesforste.

**Zu Art. 6 (Änderung der 31. Gehaltsgesetz-Novelle):**

Durch die 31. Gehaltsgesetz-Novelle wurde die Besoldung der Universitäts(Hochschul)assistenten neu geregelt. Art. IV der angeführten Novelle sollte Bezugsminderungen, die in Einzelfällen beim Übertritt in das neue System eintreten konnten, vermeiden. Die in dieser Regelung enthaltene Bezugstabelle wird entsprechend dem Abkommen vom 22. November 1991 ebenfalls um das Ausmaß der allgemeinen Bezugsenerhöhung valorisiert.

**Zu Art. 7 (Inkrafttreten):**

Die im Abänderungsantrag vorgesehenen Regelungen über die allgemeine Bezugsenerhöhung im öffentlichen Dienst und über bestimmte Maßnahmen für Lehrer sollen mit 1. Jänner 1992 in Kraft treten. Lediglich die Änderung des § 29 a der Bundesforste-Dienstordnung 1986 wird mit 1. Juli 1992 wirksam, da der gesamte § 29 a erst mit diesem Tag in Kraft treten wird.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. /

Wien, 1991 12 04

**Dr. Etmayer**  
Berichterstatter

**Dr. Schranz**  
Obmann

/.

**Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (3. BDG-Novelle 1991), das Gehaltsgesetz 1956, das Richterdienstgesetz, das Vertragsbedienstetengesetz 1948 und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert werden**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel 1**

**Änderung des BDG 1979**

Das BDG 1979, BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 362/1991, wird wie folgt geändert:

1. Im § 8 Abs. 3 wird der Ausdruck „dreier Monate“ durch den Ausdruck „von sechs Monaten“ ersetzt.

2. An die Stelle des § 11 Abs. 5 treten folgende Bestimmungen:

„(5) Die Wirkung des Abs. 1 tritt während eines Disziplinarverfahrens und bis zu drei Monaten nach dessen rechtskräftigem Abschluß nicht ein. Wird jedoch das Disziplinarverfahren eingestellt oder der Beamte freigesprochen, tritt die Wirkung des Abs. 1 rückwirkend ein. Im Falle eines Schuldspruches ohne Strafe kann mit Bescheid festgestellt werden, daß die Wirkung des Abs. 1 rückwirkend eintritt, wenn

1. die Schuld des Beamten gering ist,
2. die Tat keine oder nur unbedeutende Folgen nach sich gezogen hat und
3. keine dienstlichen Interessen entgegenstehen.

(6) Endet das Disziplinarverfahren anders als durch Einstellung, Freispruch oder Schuldspruch ohne Strafe und sind außerdem die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt, kann die Dienstbehörde aus berücksichtigungswürdigen Gründen schon während des dreimonatigen Zeitraumes eine Definitivstellung vornehmen.“

3. Im § 94 wird folgender Abs. 3 eingefügt:

„(3) Hat die Dienstbehörde gemäß § 84 der Strafprozeßordnung 1975 (StPO), BGBl. Nr. 631, vorzugehen (§ 109 Abs. 1), so wird der Lauf der in Abs. 1 genannten Frist schon mit der Erstattung der Strafanzeige an den Staatsanwalt gehemmt. Ab diesem Tag sind in die Frist nicht einzurechnen:

1. die Zeit bis zur Kenntnisnahme der Zurücklegung der Strafanzeige gemäß § 90 Abs. 1 StPO durch die Dienstbehörde in die Frist nach Abs. 1 Z 1 und
2. die Zeit bis zur Verfügung der Zurücklegung der Strafanzeige in die Frist nach Abs. 1 Z 2.“

4. Im § 94 erhält der bisherige Abs. 3 die Bezeichnung „(4)“.

5. § 127 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Disziplinarkommission darf die Abstattung einer Geldstrafe oder einer Geldbuße in höchstens 36 Monatsraten bewilligen. Die Geldstrafen und Geldbußen sind erforderlichenfalls hereinzubringen:

1. bei Beamten des Dienststandes durch Abzug vom Monatsbezug und
2. bei Beamten des Ruhestandes durch Abzug vom Ruhebezug.“

6. § 238 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“. Dem § 238 wird angefügt:

„(2) Auf

1. Beamte, deren Suspendierung vor dem 1. Feber 1992 ohne Einleitung eines Disziplinarverfahrens aufgehoben wurde,
  2. Disziplinarverfahren, die vor dem 1. Feber 1992 rechtskräftig abgeschlossen wurden,
  3. Strafanzeigen an den Staatsanwalt, die vor dem 1. Feber 1992 erstattet wurden,
- sind § 8 Abs. 3, § 11 Abs. 5 und § 94 Abs. 3 in der bis zum Ablauf des 31. Jänner 1992 geltenden Fassung anzuwenden.“

7. In der Anlage 1 Z 2.2 lit. b wird der Ausdruck „naturwissenschaftlichen Realgymnasiums“ durch das Wort „Realgymnasiums“ ersetzt.

## 334 der Beilagen

5

8. In der Anlage 1 Z 23.2 wird in der Spalte „Verwendung“ der Ausdruck „Übungsvolksschulen“ durch den Ausdruck „Übungsschulen“ ersetzt.

**Artikel 2****Änderung des Gehaltsgesetzes 1956**

Das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 466/1991, wird wie folgt geändert:

Im § 73 Abs. 1 werden die Worte „nach der Definitivstellung“ durch die Worte „im definitiven Dienstverhältnis“ ersetzt.

1. § 13 Abs. 11 lautet:

„(11) Dienstzulagen, auf die § 58 Abs. 7, § 59 a Abs. 5 oder 5 a, § 59 b oder § 60 Abs. 6 bis 8 anzuwenden sind, und die Erzieherzulage bleiben vom Abs. 10 unberührt. Die Dienstzulage nach § 49 a entfällt abweichend vom Abs. 10 erster Satz für die Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit zur Gänze.“

2. Die Tabellen im § 28 Abs. 3 erhalten folgende Fassung:

in der Dienstklasse III					
in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	E	D	C	B	A
	Schilling				
1	10 923	11 476	12 031	13 694	17 472
2	11 076	11 725	12 363	14 108	—
3	11 228	11 976	12 695	14 524	—
4	11 380	12 225	13 028	14 938	—
5	11 531	12 474	13 360	15 356	—
6	11 684	12 722	13 694	15 801	—
7	11 837	12 973	14 024	16 260	—
8	11 989	13 222	14 357	—	—
9	12 141	13 472	14 689	—	—
10	12 295	13 719	15 022	—	—
11	12 447	13 970	15 356	—	—
12	12 600	14 218	15 712	—	—
13	12 750	14 467	—	—	—
14	12 904	14 717	—	—	—
15	13 056	14 968	—	—	—
16	13 210	15 217	—	—	—
17	13 360	15 913	—	—	—
18	13 514	—	—	—	—

in der Dienstklasse						
in der Gehaltsstufe	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
	1	—	—	25 144	30 707	41 578
2	—	21 282	25 914	31 717	43 793	62 727
3	16 651	22 056	26 682	32 722	46 008	66 069
4	17 424	22 823	27 692	34 936	49 353	69 416
5	18 194	23 597	28 699	37 150	52 693	72 760
6	18 965	24 368	29 703	39 367	56 037	76 102
7	19 737	25 144	30 707	41 578	59 382	—
8	20 513	25 914	31 717	43 793	62 727	—
9	21 282	26 682	32 722	46 008	—	—

3. Im § 30 Abs. 1 wird der Betrag „1.423 S“ durch den Betrag „1.484 S“ und der Betrag „1.808 S“ durch den Betrag „1.886 S“ ersetzt.

4. Im § 30 b Abs. 2 werden ersetzt:

- in Z 1 der Betrag „490 S“ durch den Betrag „511 S“,
- in Z 2 und Z 3 lit. a der Betrag „1.287 S“ durch den Betrag „1.342 S“ und
- in Z 3 lit. b der Betrag „1.546 S“ durch den Betrag „1.612 S“.

5. § 30 c Abs. 2 lautet:

„(2) Die Pflegedienst-Chargenzulage beträgt monatlich

- für Stationspfleger und Stationsschwestern 2.003 S,
- für Oberpfleger und Oberschwern 2.577 S,
- für Pflegevorsteher und Oberinnen 3.150 S.“

6. Im § 38 Abs. 1 wird der Betrag „912 S“ durch den Betrag „951 S“ ersetzt.

7. Im § 38 a Abs. 1 wird der Betrag „680 S“ durch den Betrag „709 S“ ersetzt.

8. Die Tabelle im § 39 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
	Schilling				
1	12 031	11 754	11 476	11 199	10 923
2	12 363	12 031	11 725	11 395	11 076
3	12 695	12 308	11 976	11 587	11 228
4	13 028	12 585	12 225	11 782	11 380
5	13 360	12 863	12 474	11 976	11 531
6	13 694	13 140	12 722	12 168	11 684
7	14 024	13 414	12 973	12 363	11 837
8	14 357	13 694	13 222	12 558	11 989
9	14 689	13 970	13 472	12 750	12 141
10	15 022	14 246	13 719	12 945	12 295
11	15 356	14 524	13 970	13 140	12 447
12	15 712	14 802	14 218	13 333	12 600
13	16 074	15 079	14 467	13 527	12 750
14	16 449	15 356	14 717	13 719	12 904
15	—	15 651	14 968	13 915	13 056
16	—	15 953	15 217	14 108	13 210
17	—	16 542	15 913	14 302	13 360
18	—	—	—	14 497	13 514

9. Die Tabelle im § 42 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
1	20 805	—	—
2	23 251	—	—
3	25 700	—	—
4	28 148	—	—
5	30 595	—	—
6	33 043	—	—
7	35 494	—	—
8	37 940	38 143	—
9	40 388	40 594	43 614

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
10	42 835	43 040	46 062
11	45 285	45 489	50 959
12	47 733	47 938	58 304
13	50 179	52 832	60 751
14	52 628	57 728	63 200
15	55 074	62 622	65 646
16	57 524	65 072	68 095

10. Im § 42 Abs. 1 letzter Satz wird der Betrag „71.485 S“ durch den Betrag „74.559 S“ ersetzt.

11. Im § 43 Abs. 1 wird der Betrag „3.582 S“ durch den Betrag „3.736 S“ ersetzt.

12. Die Tabelle im § 48 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	für	
	Außerordentliche Universitätsprofessoren	Ordentliche Universitäts(Hochschul)professoren
	Schilling	
1	29 260	38 552
2	30 210	40 457
3	31 156	42 361
4	32 106	44 265
5	33 057	46 169
6	34 747	49 352
7	36 647	52 669
8	38 552	55 993
9	40 457	59 313
10	42 361	62 638
11	44 265	—
12	46 169	—
13	49 352	—
14	52 669	—
15	55 993	—

13. Im § 50 Abs. 3 wird der Betrag „6.509 S“ durch den Betrag „6.789 S“ ersetzt.

14. Die Tabelle im § 55 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe							
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 1	L 2a 2	L 1	L PA
	Schilling							
1	13 277	14 654	15 662	16 220	16 063	17 255	—	21 415
2	13 513	14 943	15 905	16 473	16 582	17 804	19 651	21 415
3	13 745	15 228	16 144	16 726	17 095	18 358	20 365	21 415
4	13 979	15 525	16 398	16 980	17 617	18 906	21 075	23 319
5	14 214	15 836	16 649	17 233	18 130	19 455	22 104	25 222
6	14 582	16 655	17 657	18 245	19 167	20 562	23 835	27 127
7	15 151	17 484	18 671	19 257	20 242	21 904	25 570	29 031
8	15 745	18 319	19 683	20 269	21 313	23 245	27 304	30 932
9	16 375	19 151	20 697	21 282	22 554	24 798	29 034	32 839
10	17 021	19 982	21 712	22 295	23 793	26 350	30 766	34 747
11	17 672	20 812	22 724	23 304	25 034	27 902	32 500	36 647
12	18 319	21 962	23 934	24 519	26 271	29 455	34 234	38 552
13	18 964	23 108	25 145	25 729	27 516	31 007	35 966	40 457
14	19 613	24 258	26 356	26 938	28 754	32 561	37 699	42 361
15	20 513	25 404	27 571	28 154	29 994	34 112	39 433	44 265
16	21 409	26 553	28 782	29 366	31 237	35 667	41 164	46 169
17	22 310	27 699	29 988	30 573	32 478	37 222	42 905	49 313
18	—	—	—	—	—	—	45 310	51 863

15. Im § 56 Abs. 2 wird der Betrag „2.848 S“ durch den Betrag „2.970 S“ ersetzt.

16. § 57 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Dienstzulage beträgt  
a) für Leiter der Verwendungsgruppe L PA

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	8 070	8 625	9 155
II	7 262	7 767	8 240
III	6 452	6 899	7 325
IV	5 643	6 036	6 418
V	4 842	5 169	5 487

b) für Leiter der Verwendungsgruppe L 1

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 14
	2 bis 9	10 bis 13	
	Schilling		
I	7 197	7 693	8 165
II	6 476	6 928	7 350
III	5 754	6 161	6 532
IV	5 032	5 383	5 722
V	4 319	4 612	4 897

c) für Leiter der Verwendungsgruppen L 2a 2, L 2b 3 und L 2b 2

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	3 290	3 559	3 831
II	2 697	2 912	3 133
III	2 168	2 333	2 495
IV	1 812	1 944	2 078
V	1 511	1 621	1 733

d) für Leiter der Verwendungsgruppen L 2a 1 und L 2b 1

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	2 562	2 796	3 012
II	2 161	2 344	2 501
III	1 805	1 948	2 081
IV	1 504	1 634	1 733
V	1 084	1 168	1 248

e) für Leiter der Verwendungsgruppe L 3

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
Schilling			
I	2 029	2 071	2 207
II	1 504	1 557	1 671
III	1 409	1 444	1 530
IV	1 013	1 042	1 105
V	708	722	760
VI	492	518	562"

17. Im § 58 Abs. 4 wird der Betrag „693 S“ durch den Betrag „723 S“ und der Betrag „1.271 S“ durch den Betrag „1.326 S“ ersetzt.

18. § 58 Abs. 6 lautet:

„(6) Die im Abs. 5 angeführte Dienstzulage beträgt

in der Verwendungs- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 12
	1 bis 5	6 bis 11	
Schilling			
L 3	804	1 129	1 607
L 2b 1	242	338	481

In der Verwendungsgruppe L 3 erhöht sich diese Dienstzulage bei den im Abs. 5 Z 1 genannten Fremdsprachlehrern an Polytechnischen Lehrgängen und bei den im Abs. 5 Z 3 genannten Lehrern für Werkerziehung an Polytechnischen Lehrgängen und an hauswirtschaftlichen Berufsschulen um 395 S. In der Verwendungsgruppe L 2b 1 erhöht sich die im ersten Satz angeführte Dienstzulage bei den im Abs. 5 Z 3 genannten Lehrern für Werkerziehung an Polytechnischen Lehrgängen und an hauswirtschaftlichen Berufsschulen um 118 S.“

19. Im § 59 Abs. 2 wird der Betrag „2.293 S“ durch den Betrag „2.392 S“ ersetzt.

20. An die Stelle des § 59 Abs. 4 treten folgende Bestimmungen:

- „(4) Lehrern der Verwendungsgruppe L 2a 2, die
1. an Pädagogischen Akademien, Religionspädagogischen Akademien oder Berufspädagogischen Akademien in Didaktik und Schulpraktischer Ausbildung sowie in ergänzenden Studienveranstaltungen,
  2. an Berufspädagogischen Akademien in den fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Unterrichtsgegenständen,
  3. an Akademien für Sozialarbeit in den Unterrichtsgegenständen der Methodik der Sozialarbeit, der ergänzenden Unterrichtsveranstaltungen und der Praktika

unterrichten und die Ernennungserfordernisse für die entsprechenden Verwendungen in der Verwendungsgruppe L 1 erfüllen, gebührt für die Dauer einer solchen Verwendung eine Dienstzulage.

(4 a) Die Dienstzulage gemäß Abs. 4 gebührt

1. Lehrern, auf die § 64 a anzuwenden ist, im Ausmaß des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen Dienstalterszulage) des Lehrers und dem Gehalt, das dem Lehrer gebühren würde, wenn er ausgehend von der sich aus § 64 a ergebenden besoldungsrechtlichen Stellung zum Lehrer der Verwendungsgruppe L 1 ernannt worden wäre,
2. in den übrigen Fällen im Ausmaß des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt des Lehrers und dem Gehalt, das ihm im Falle seiner Überstellung in die Verwendungsgruppe L 1 gebühren würde.

§ 58 Abs. 7 ist anzuwenden.“

21. Im § 59 a Abs. 1 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „771 S“ durch den Betrag „804 S“,
- b) in Z 2 der Betrag „1.169 S“ durch den Betrag „1.219 S“ und
- c) in Z 3 der Betrag „1.604 S“ durch den Betrag „1.673 S“.

22. Im § 59 a Abs. 2 wird der Betrag „771 S“ durch den Betrag „804 S“ ersetzt.

23. Im § 59 a Abs. 2 a wird der Betrag „167 S“ durch den Betrag „174 S“ ersetzt.

24. Im § 59 a Abs. 3 wird der Betrag „1.169 S“ durch den Betrag „1.219 S“ ersetzt.

25. § 59 a Abs. 4 Z 1 lautet:

- „1. Klassenlehrern der Verwendungsgruppe L 2a 1 oder L 2a 2 an Volksschulen, die mit der Führung einer ganzjährig übungsschulmäßig eingerichteten Besuchsschulklasse betraut sind, sowie Religionslehrern der Verwendungsgruppe L 2a 1 oder L 2a 2, die als Besuchsschullehrer an Volksschulen ganzjährig mit der Erteilung übungsschulmäßigen Religionsunterrichts betraut sind,“

26. An die Stelle des § 59 a Abs. 5 treten folgende Bestimmungen:

- „(5) Wird der Unterricht im Umfang des Unterrichts an Übungsschulen erteilt, beträgt die Dienstzulage gemäß Abs. 4 den Unterschiedsbetrag zwischen dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen Dienstalterszulage) des Lehrers und dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen Dienstalterszulage), das dem Lehrer gebühren würde, wenn er in jene

Verwendungsgruppe ernannt worden wäre, die sich aus der nachstehenden Tabelle ergibt:

im Falle des Abs. 4	aus der Verwendungsgruppe	in die Verwendungsgruppe
Z 1	L 2a 1 L 2a 2	L 2a 2 L 1
Z 2	L 2b 1	L 2b 2
Z 3 bis 6	L 3 L 2b 1 L 2a 1 L 2a 2	L 2b 1 L 2a 1 L 2a 2 L 1

(5 a) Abweichend vom Abs. 5 gilt folgendes:

- Ist auf einen Lehrer der Verwendungsgruppe L 2a 2 § 64 a anzuwenden, so bemißt sich der Unterschiedsbetrag zwischen dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen Dienstalterszulage) des Lehrers und dem Gehalt, das dem Lehrer gebühren würde, wenn er ausgehend von der sich aus § 64 a ergebenden besoldungsrechtlichen Stellung zum Lehrer der Verwendungsgruppe L 1 ernannt worden wäre.
- Im Falle des Abs. 4 Z 3 beträgt die Dienstzulage mindestens 966 S.
- Wird der Unterricht im halben Umfang des Unterrichts an einer Übungsschule erteilt, so gebührt die Hälfte des sich aus Abs. 5 und den Z 1 und 2 ergebenden Betrages.“

27. Im § 59 a Abs. 6 wird die Zitierung „Abs. 1 bis 5“ durch die Zitierung „Abs. 1 bis 5 a“ ersetzt.

28. Im § 59 b Abs. 1 werden ersetzt:

- in Z 1 lit. a, Z 2 lit. a und Z 3 lit. a der Betrag „548 S“ durch den Betrag „572 S“,
- Z 1 lit. b, Z 2 lit. b, Z 2 lit. c und Z 3 lit. b der Betrag „683 S“ durch den Betrag „712 S“,
- Z 1 lit. c und Z 2 lit. d der Betrag „821 S“ durch den Betrag „856 S“ und
- in Z 4 der Betrag „274 S“ durch den Betrag „286 S“.

29. Im § 59 b Abs. 2 werden ersetzt:

- in Z 1 lit. a, Z 2 lit. a und Z 3 lit. a der Betrag „548 S“ durch den Betrag „572 S“,
- in Z 1 lit. b, Z 2 lit. b und Z 3 lit. b der Betrag „683 S“ durch den Betrag „712 S“,
- in Z 1 lit. c und Z 3 lit. c der Betrag „755 S“ durch den Betrag „787 S“,
- in Z 4 der Betrag „539 S“ durch den Betrag „562 S“ und
- in Z 5 der Betrag „270 S“ durch den Betrag „282 S“.

30. Im § 59 b Abs. 3 wird in Z 1 der Betrag „821 S“ durch den Betrag „856 S“ und in Z 2 der Betrag „963 S“ durch den Betrag „1.004 S“ ersetzt.

31. Im § 59 b Abs. 4 wird der Betrag „1.074 S“ durch den Betrag „1.120 S“ ersetzt.

32. Die Tabelle im § 60 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in den Fällen der Z	in den Gehaltsstufen 1 bis 9	ab der Gehaltsstufe 10
	Schilling	
1 und 2	723	835
3	1 326	1 326

33. Im § 60 Abs. 3 wird der Betrag „454 S“ durch den Betrag „474 S“ und der Betrag „379 S“ durch den Betrag „395 S“ ersetzt.

34. Im § 60 Abs. 4 wird der Betrag „137 S“ durch den Betrag „143 S“ und der Betrag „113 S“ durch den Betrag „118 S“ ersetzt.

35. Im § 60 Abs. 6 wird die Zitierung “§ 59 a Abs. 5 Z 1“ durch die Zitierung “§ 59 a Abs. 5 und Abs. 5 a Z 1 und 2“ ersetzt.

36. Die Tabelle im § 60 a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der (den) Verwendungsgruppe(n)	in der Zulagenstufe				
	1	2	3	4	5
	Schilling				
L 1	4 237	4 654	5 357	6 061	6 764
L 2a	3 785	4 083	4 638	5 287	5 959
L 2b	3 072	3 511	3 992	4 131	4 382
L 3	2 700	2 832	3 088	3 367	3 647

37. Im § 61 Abs. 4 wird die Zitierung „§ 59 a Abs. 1 bis 5“ durch die Zitierung „§ 59 a Abs. 1 bis 5 a“ ersetzt.

38. Im § 62 a Abs. 2 wird der Betrag „4.437 S“ durch den Betrag „4.628 S“ ersetzt.

39. Im § 62 a Abs. 3 wird der Betrag „653 S“ durch den Betrag „681 S“ ersetzt.

40. Im § 62 a Abs. 5 wird der Betrag „6.538 S“ durch den Betrag „6.819 S“ ersetzt.

41. Die Tabelle im § 65 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe	
	S 2	S 1
	Schilling	
1	29 557	38 126
2	30 982	40 114
3	32 407	42 102
4	33 829	44 090
5	35 253	46 078
6	37 637	48 067
7	40 021	50 055
8	42 404	52 483
9	44 792	55 272
10	47 176	58 067



## 334 der Beilagen

9

42. Im § 65 Abs. 3 wird der Betrag „1.313 S“ durch den Betrag „1.369 S“ und der Betrag „2.626 S“ durch den Betrag „2.739 S“ ersetzt.

43. Im § 65 Abs. 4 wird der Betrag „1.541 S“ durch den Betrag „1.607 S“ ersetzt.

44. Die Tabelle im § 72 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	11 615
2	11 775
3	11 934
4	12 092
5	12 250
6	12 639
7	12 896
8	13 155
9	13 410
10	13 667

45. § 73 Abs. 1 lautet:

„(1) Dem Wachebeamten gebührt eine ruhege-nußfähige Dienstzulage. Sie beträgt während der Dauer des provisorischen Dienstverhältnisses 288 S und im definitiven Dienstverhältnis

in der Verwendungsgruppe W 3	
Dienstzeit	Dienstzulage
Jahre	Schilling
—	462
10	598
16	842
22	1 066
30	1 269

in der Verwendungsgruppe W 2		
in der	in der Dienstzulagenstufe	
	1	2
Schilling		
Grundstufe	598	1 066
Dienststufe 1 a)	1 269	1 815
Dienststufe 1 b)	1 607	2 298
Dienststufe 2	2 298	2 838
Dienststufe 3	3 383	4 050

in der Verwendungsgruppe W 1		
in den Dienstklassen	bei Führung eines Amstitels, der einem der nachstehend angeführten Amstitel vergleichbar ist	Dienstzulage
		Schilling
III und IV	Leutnant	1 355
	Oberleutnant	1 591
	Hauptmann	2 070
ab der Dienstklasse V		2 267“

46. Im § 73 a werden ersetzt:

- a) der Betrag „926 S“ durch den Betrag „966 S“,  
 b) der Betrag „977 S“ durch den Betrag „1.019 S“ und

c) der Betrag „1.159 S“ durch den Betrag „1.209 S“.

47. Im § 73 b Abs. 1 wird der Betrag „548 S“ durch den Betrag „572 S“ ersetzt.

48. Die Tabelle im § 74 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsgruppe	Schilling
W 3	709
W 2	830
W 1	951

49. Die Tabelle im § 76 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in den Dienstklassen	bei Führung eines Amstitels, der einem der nachstehend angeführten Amstitel vergleichbar ist	Dienstzulage
		Schilling
III und IV	Fähnrich	804
	Leutnant	1 004
	Oberleutnant	1 205
	Hauptmann	1 404
ab der Dienstklasse V		1 567

50. Im § 76 a Abs. 1 werden ersetzt:

- a) der Betrag „1.099 S“ durch den Betrag „1.146 S“,  
 b) der Betrag „826 S“ durch den Betrag „862 S“ und  
 c) der Betrag „549 S“ durch den Betrag „573 S“.

51. Im § 77 Abs. 1 wird der Betrag „912 S“ durch den Betrag „951 S“ ersetzt.

52. Die Tabelle im § 78 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe						
	H 4			H 3			
	in der Dienststufe						
	1	2	3	4	5	6	7
Schilling							
1	10 365	10 599	10 721	10 838	11 438	—	—
2	10 418	10 654	10 775	10 890	11 556	11 595	11 633
3	10 472	10 707	10 828	10 947	11 674	11 713	11 753
4	10 525	10 760	10 882	11 000	11 793	11 801	11 934
5	10 579	10 815	10 935	11 052	11 909	12 035	12 168
6	10 689	10 923	11 043	11 162	12 146	12 274	12 407
7	10 796	11 031	11 151	11 270	12 382	12 511	12 642

53. Im § 79 a wird der Betrag „2.336 S“ durch den Betrag „2.436 S“ ersetzt.

54. Im § 79 b wird der Betrag „448 S“ durch den Betrag „467 S“ und der Betrag „538 S“ durch den Betrag „561 S“ ersetzt.

10

334 der Beilagen

55. Die Tabelle im § 82 a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe								
	PT 9	PT 8	PT 7	PT 6	PT 5	PT 4	PT 3	PT 2	PT 1
	Schilling								
1	12 692	13 231	13 357	13 798	13 798	15 576	15 576	15 576	18 910
2	12 799	13 364	13 533	13 950	13 950	15 915	15 915	15 915	18 910
3	12 913	13 521	13 731	14 152	14 859	16 321	16 321	16 321	18 910
4	13 034	13 701	13 952	14 407	14 907	16 794	16 805	16 805	19 907
5	13 163	13 906	14 197	14 707	15 047	17 329	17 366	17 789	20 963
6	13 297	14 135	14 466	15 062	15 279	17 924	18 002	18 439	22 078
7	13 438	14 386	14 758	15 472	15 617	18 579	18 720	19 187	23 256
8	13 585	14 663	15 074	15 946	16 049	19 294	19 510	20 031	24 493
9	13 739	14 964	15 420	16 471	16 580	20 069	20 380	20 975	25 786
10	13 901	15 287	15 796	17 049	17 203	20 907	21 325	22 018	27 142
11	14 069	15 648	16 198	17 679	17 923	21 802	22 350	23 158	28 559
12	14 242	16 037	16 624	18 363	18 740	22 758	23 454	24 397	30 032
13	14 425	16 450	17 076	19 097	19 653	23 773	24 633	25 737	31 568
14	14 612	16 886	17 552	19 884	20 661	24 847	25 886	27 172	33 165
15	14 807	17 350	18 050	20 724	21 764	25 982	27 218	28 708	34 818
16	15 009	17 836	18 574	21 616	22 965	27 180	28 628	30 344	36 532
17	15 217	18 348	19 122	22 561	24 259	28 436	30 116	32 075	38 308

56. Im § 82 a Abs. 3 wird der Betrag „2.543 S“ durch den Betrag „2.652 S“ und der Betrag „2.772 S“ durch den Betrag „2.891 S“ ersetzt.

der Betrag „79.796 S“ durch den Betrag „83.227 S“ ersetzt.

57. Im § 82 a Abs. 5 wird in Z 1 der Betrag „84.032 S“ durch den Betrag „87.645 S“ und in Z 2

58. Die Tabelle im § 82 c Abs. 1 erhält folgende Fassung:

auf Arbeitsplätzen der Verwendungsgruppe	in der Dienstzulagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 15
		1 bis 10	11 bis 14	
		Schilling		
PT 1	S	12 397	23 671	37 873
	1	10 920	13 648	24 567
	2	8 189	10 920	21 835
	3	7 506	10 237	13 648
	3b	6 822	9 555	13 648
PT 2	1	6 822	9 555	11 601
	1b	1 366	6 141	11 601
	2	2 730	6 141	8 189
	2b	956	2 730	8 189
	3	1 366	2 730	5 459
	3b	956	2 730	5 459
PT 3	1	1 366	2 730	4 095
	1b	956	2 730	4 095
	2	956	1 911	2 865
	3	681	1 092	1 500
PT 4	1	610	887	1 295
PT 5	1	273	409	547

59. Die Tabelle im § 82 c Abs. 5 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsgruppe	in der Dienstzulagengruppe	für die Verwendung als (im)	Schilling
PT 5	A	Bautruppführer	818
PT 7	A	Dienst des Facharbeiters als Vorarbeiter, der im einschlägigen Lehrberuf verwendet wird und mit der Überwachung der Tätigkeit anderer Arbeiter beauftragt ist	409
	B	Omnibuslenkerdienst	1 991

## 334 der Beilagen

11

in der Verwendungsgruppe	in der Dienstzulagengruppe	für die Verwendung als (im)	Schilling
PT 8	A	Omnibuslenkerdienst	1 991
	B	Landzustelldienst, Codierer bei automatischen Verteilanlagen	409

60. Die Tabelle im § 84 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe					
	K 6	K 5	K 4	K 3	K 2	K 1
	Schilling					
1	14 087	15 381	15 843	18 549	16 849	18 823
2	14 354	15 799	16 276	19 057	17 343	19 379
3	14 619	16 220	16 710	19 566	17 837	19 933
4	14 887	16 640	17 143	20 074	18 333	20 486
5	15 154	17 059	17 576	20 583	18 828	21 040
6	15 427	17 480	18 008	21 092	19 847	22 183
7	15 705	17 899	18 441	21 601	20 868	23 325
8	16 060	18 439	18 997	22 254	21 888	24 468
9	16 416	18 978	19 553	22 908	22 908	25 611
10	16 771	19 519	20 110	23 561	23 929	26 753
11	17 127	20 058	20 666	24 216	24 949	27 896
12	17 483	20 598	21 224	24 869	25 969	29 038
13	17 837	21 137	21 779	25 522	26 990	30 180
14	18 193	21 812	22 476	26 340	28 009	31 323
15	18 549	22 487	23 170	27 159	29 030	32 467
16	18 904	23 162	23 866	27 975	30 049	33 609
17	19 261	23 836	24 562	28 793	31 070	34 752
18	19 616	24 512	25 257	29 611	32 090	35 894
19	19 971	25 186	25 952	30 426	33 110	37 036
20	20 327	25 860	26 648	31 244	34 130	38 178

61. Im § 84 b Abs. 2 werden ersetzt:

- in Z 1 der Betrag „1.920 S“ durch den Betrag „2.003 S“,
- in Z 2 der Betrag „2.471 S“ durch den Betrag „2.577 S“ und
- in Z 3 der Betrag „3.020 S“ durch den Betrag „3.150 S“.

62. Im § 84 c Abs. 1 wird in Z 1 der Betrag „1.418 S“ durch den Betrag „1.479 S“ und in Z 2 der Betrag „1.613 S“ durch den Betrag „1.682 S“ ersetzt.

63. Im § 85 b Abs. 1 wird der Betrag „430 S“ durch den Betrag „448 S“ ersetzt.

64. Im § 85 d Abs. 1 wird der Betrag „2.060 S“ durch den Betrag „2.149 S“ ersetzt.

65. Im § 85 d Abs. 2 Z 1 wird der Betrag „461 S“ durch den Betrag „481 S“ ersetzt.

66. § 86 Abs. 2 Z 1 bis 6 lautet:

- Beamte der Allgemeinen Verwaltung, Wachbeamte und Berufsoffiziere

a) in den Verwendungsgruppen E und D

in der Verwendungsgruppe E, Dienstklasse III		in der Verwendungsgruppe D, Dienstklasse III	
die Gehaltsstufe	Schilling	die Gehaltsstufe	Schilling
19	13 666	18	16 651
20	13 818	19	17 424

b) in den Verwendungsgruppen A, H 1, B, W 1, H 2, C und W 2

in der Dienstklasse	die Gehaltsstufe		
	10	9	7
	Schilling		
IV	22 823	—	—
V	27 692	—	—
VI	34 936	—	—
VII	49 353	—	—
VIII	—	66 069	—
IX	—	—	79 446

2. Beamte in handwerklicher Verwendung

die Gehaltsstufe	in der Dienstklasse				
	IV	III			
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
Schilling					
10	22 823	—	—	—	—
18	—	17 138	16 651	—	—
19	—	17 740	17 424	14 690	13 666
20	—	—	—	14 886	13 818

3. Universitäts(Hochschul)professoren

in der Gehaltsstufe	für	
	Außerordentliche Universitätsprofessoren	Ordentliche Universitäts(Hochschul)professoren
	Schilling	
11	—	65 956
16	59 313	—

4. Lehrer

die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe							
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 1	L 2a 2	L 1	L PA
	Schilling							
18	23 208	28 849	31 204	31 789	33 720	38 778	—	—
19	24 105	29 995	32 416	33 001	34 959	40 330	47 717	54 397
20	—	—	—	—	—	—	50 120	56 928

5. Beamte des Schulaufsichtsdienstes

die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe	
	S 2	S 1
	Schilling	
11	49 562	60 858

6. Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe								
	PT 9	PT 8	PT 7	PT 6	PT 5	PT 4	PT 3	PT 2	PT 1
	Schilling								
18	15 430	18 861	19 671	23 506	25 554	29 692	31 602	33 809	40 082
19	15 646	19 374	20 221	—	—	—	—	—	—

67. Im § 86 Abs. 3 wird der Betrag „3.256 S“ durch den Betrag „3.396 S“ ersetzt.

68. § 94 lautet:

„Lehrer

§ 94. (1) Wird ein Lehrer der Verwendungsgruppe L 2a 2, auf den § 64 a anzuwenden ist, außerhalb einer Volksschule auf einem für Lehrer der Verwendungsgruppe L 2a 2 vorgesehenen Arbeitsplatz verwendet, und hätte er im Falle einer Einstufung in die Verwendungsgruppe L 2a 1 Anspruch auf eine Dienstzulage

1. gemäß § 59 Abs. 5 Z 1 oder
2. gemäß § 60 Abs. 1 Z 1,

so gebührt ihm unter den Voraussetzungen der Abs. 2 oder 3 eine Ergänzungszulage.

(2) Im Fall des Abs. 1 Z 1 gebührt die Ergänzungszulage im Ausmaß des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen Dienstalterszulage), das dem Lehrer in der Verwendungsgruppe L 2a 2 gebührt, und dem Gehalt (einschließlich einer allfälligen Dienstalterszulage), das ihm im Fall einer Überstellung in die Verwendungsgruppe L 2a 2 ohne Anwendung des § 64 a gebührt hätte.

(3) Im Fall des Abs. 1 Z 2 gebührt die Ergänzungszulage im Ausmaß des Unterschieds-

trages zwischen dem Gehalt, das dem Lehrer in der Verwendungsgruppe L 2a 2 gebührt, und dem Betrag, der sich zusammensetzt aus

1. dem Gehalt, das ihm gebühren würde, wenn er in der Verwendungsgruppe L 2a 1 geblieben wäre, und
2. der Dienstzulage, die ihm in diesem Fall gemäß § 60 Abs. 1 Z 1 gebührt hätte.

(4) Im übrigen teilt die Ergänzungszulage das rechtliche Schicksal der Dienstzulage, die im Fall des Verbleibens in der Verwendungsgruppe L 2a 1 gemäß § 59 Abs. 5 Z 1 oder gemäß § 60 Abs. 1 Z 1 gebührt hätte.“

Artikel 3

Änderung des Richterdienstgesetzes

Das Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 362/1991, wird wie folgt geändert:

1. Im § 65 a wird der Betrag „18.513 S“ durch den Betrag „19.309 S“ ersetzt.

2. Die Tabelle im § 66 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Gehaltsgruppe		
	I	II	III
	Schilling		
1	20 805	—	—
2	23 251	—	—
3	25 700	—	—
4	28 148	—	—
5	30 595	—	—
6	33 043	—	—
7	35 494	—	—
8	37 940	38 143	—
9	40 388	40 594	43 614
10	42 835	43 040	46 062
11	45 285	45 489	50 959
12	47 733	47 938	58 304
13	50 179	52 832	60 751
14	52 628	57 728	63 200
15	55 074	62 622	65 646
16	57 524	65 072	68 095

3. Im § 66 Abs. 2 letzter Satz wird in den Z 1 und 2 der Betrag „71.485 S“ jeweils durch den Betrag „74.559 S“ und in Z 3 der Betrag „79.471 S“ durch den Betrag „82.888 S“ ersetzt.

4. Im § 67 Abs. 1 wird der Betrag „3.582 S“ durch den Betrag „3.736 S“ ersetzt.

5. Im § 68 d Abs. 2 wird der Betrag „3.256 S“ durch den Betrag „3.396 S“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948

Das Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 364/1991, wird wie folgt geändert:

## 334 der Beilagen

13

1. Im § 2 c Abs. 2 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „5.892 S“ durch den Betrag „6.253 S“ und  
b) in Z 2 der Betrag „7.013 S“ durch den Betrag „7.442 S“.

2. Die Tabelle im § 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	a	b	c	d	e
	Schilling				
1	18 288	14 177	12 386	11 811	11 236
2	18 761	14 558	12 715	12 066	11 380
3	19 235	14 939	13 043	12 321	11 524
4	19 711	15 325	13 371	12 578	11 668
5	20 186	15 733	13 699	12 831	11 811
6	20 661	16 149	14 027	13 086	11 957
7	21 468	16 584	14 356	13 341	12 100
8	22 283	17 016	14 685	13 595	12 244
9	23 094	17 627	15 012	13 851	12 387
10	23 902	18 241	15 344	14 106	12 534
11	24 712	19 050	15 693	14 361	12 676
12	25 518	19 861	16 050	14 614	12 822
13	26 329	20 670	16 418	14 869	12 963
14	27 140	21 476	16 791	15 126	13 107
15	27 948	22 286	17 166	15 385	13 253
16	29 006	23 096	17 539	15 655	13 396
17	30 062	23 910	17 914	15 932	13 540
18	31 119	24 717	18 288	16 211	13 684
19	32 177	25 530	18 660	16 504	13 828
20	33 237	26 337	19 034	16 791	13 973
21	—	—	19 407	17 084	14 116

3. Die Tabelle im § 14 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5
	Schilling				
1	12 458	12 168	11 880	11 589	11 299
2	12 789	12 454	12 136	11 789	11 446
3	13 121	12 738	12 391	11 990	11 590
4	13 451	13 022	12 648	12 191	11 738
5	13 784	13 304	12 905	12 391	11 882
6	14 112	13 589	13 162	12 591	12 026
7	14 446	13 873	13 415	12 794	12 171
8	14 776	14 154	13 673	12 994	12 318
9	15 107	14 439	13 929	13 193	12 462
10	15 444	14 725	14 186	13 396	12 607
11	15 800	15 009	14 443	13 597	12 753
12	16 160	15 294	14 698	13 798	12 901
13	16 537	15 592	14 953	13 998	13 045
14	16 916	15 903	15 211	14 198	13 189
15	17 291	16 211	15 475	14 401	13 337
16	17 671	16 534	15 748	14 601	13 480
17	18 045	16 859	16 029	14 803	13 627
18	18 420	17 179	16 314	15 003	13 771
19	18 799	17 504	16 608	15 204	13 917
20	19 176	17 827	16 898	15 409	14 062
21	19 552	18 152	17 190	15 624	14 210

4. Im § 22 Abs. 2 wird in der Tabelle der Betrag „1.423 S“ durch den Betrag „1.484 S“ und der Betrag „1.808 S“ durch den Betrag „1.886 S“ ersetzt.

5. Die Tabelle im § 41 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe							
	1 pa	1 1	1 2a 2	1 2a 1	1 2b 3	1 2b 2	1 2b 1	1 3
	Schilling							
1	22 384	20 137	18 024	16 785	16 959	16 345	15 222	13 681
2	22 384	20 821	18 594	17 317	17 225	16 609	15 527	13 940
3	22 384	21 509	19 163	17 846	17 490	16 875	15 849	14 197
4	24 360	22 278	19 733	18 378	17 755	17 140	16 171	14 456
5	26 344	23 939	20 302	18 908	18 022	17 408	16 508	14 714
6	28 325	25 683	21 470	19 991	19 082	18 473	17 375	15 113
7	30 303	27 429	22 874	21 110	20 146	19 536	18 250	15 737
8	32 280	29 113	24 271	22 229	21 210	20 597	19 122	16 398
9	34 270	30 857	25 883	23 513	22 273	21 661	19 986	17 073
10	36 263	32 647	27 497	24 805	23 337	22 724	20 858	17 754
11	38 259	34 234	29 129	26 112	24 397	23 787	21 724	18 438
12	40 264	35 966	30 758	27 408	25 669	25 059	22 925	19 109
13	42 259	37 699	32 384	28 716	26 938	26 327	24 126	19 793
14	44 256	39 433	34 013	30 022	28 215	27 600	25 323	20 481
15	46 259	41 164	35 641	31 323	29 482	28 871	26 523	21 417
16	49 042	42 845	37 277	32 627	30 757	30 144	27 722	22 357
17	51 692	45 036	38 913	33 934	32 026	31 412	28 917	23 292
18	54 343	45 036	40 552	35 238	33 298	32 686	30 113	24 229
19	56 985	48 318	42 192	36 546	34 569	33 957	31 313	25 163

6. § 41 Abs. 2 letzter Satz lautet:  
„Die Dienstzulagen, auf die § 58 Abs. 7, § 59 a Abs. 5 oder 5a, § 59 b oder § 60 Abs. 6 bis 8 des

Gehaltsgesetzes 1956 anzuwenden sind, und die Erzieherzulage bleiben vom § 21 unberührt.“

7. Die Tabelle im § 44 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsgruppe	für Unterrichtsgegenstände der Lehrverpflichtungsgruppe	für jede Jahreswochenstunde Schilling
I pa		20 460
I 1	I	15 600
	II	14 772
	III	14 028
	IV	12 204
	IV a	12 768
	IV b	13 056
V		11 700
I 2a 2		10 152
I 2a 1		9 456
I 2b 3		9 012
I 2b 2		8 700
I 2b 1		8 256
I 3		7 872

8. Im § 44 a Abs. 2 werden ersetzt:

- a) der Betrag „548,80 S“ durch den Betrag „572,40 S“,
- b) der Betrag „164,80 S“ durch den Betrag „171,90 S“,
- c) der Betrag „199,20 S“ durch den Betrag „207,80 S“ und
- d) der Betrag „59,70 S“ durch den Betrag „62,30 S“.

9. Im § 44 a Abs. 3 und 4 werden ersetzt:

- a) in Abs. 3 und Abs. 4 Z 1 und 2 der Betrag „367,30 S“ durch den Betrag „383,10 S“,
- b) in Abs. 3 und Abs. 4 Z 3 der Betrag „672,70 S“ durch den Betrag „701,60 S“ und
- c) in Abs. 4 Z 4 der Betrag „302,00 S“ durch den Betrag „315,00 S“.

10. Im § 44 a Abs. 5 werden ersetzt:

- a) der Betrag „240,40 S“ durch den Betrag „250,70 S“,
- b) der Betrag „199,20 S“ durch den Betrag „207,80 S“,
- c) der Betrag „72,20 S“ durch den Betrag „75,30 S“ und
- d) der Betrag „59,70 S“ durch den Betrag „62,30 S“.

11. Im § 44 a Abs. 6 wird der Betrag „408,80 S“ durch den Betrag „426,40 S“ ersetzt.

12. Im § 44 a Abs. 7 wird der Betrag „87,00 S“ durch den Betrag „90,70 S“ ersetzt.

13. Im § 44 a Abs. 8 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „398,70 S“ durch den Betrag „415,80 S“,
- b) in Z 2 der Betrag „605,10 S“ durch den Betrag „631,10 S“ und
- c) in Z 3 der Betrag „830,20 S“ durch den Betrag „865,90 S“.

14. Im § 44 a Abs. 9 wird der Betrag „701,50 S“ durch den Betrag „731,70 S“ ersetzt.

15. Im § 44 b werden ersetzt:

- a) in Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 Z 1 der Betrag „6.559 S“ durch den Betrag „6.841 S“,
- b) in Abs. 1 Z 2 und Abs. 2 Z 2 der Betrag „8.196 S“ durch den Betrag „8.548 S“,
- c) in Abs. 1 Z 3 der Betrag „9.847 S“ durch den Betrag „10.270 S“ und
- d) in Abs. 2 Z 3 der Betrag „9.057 S“ durch den Betrag „9.446 S“.

16. Im § 44 c Abs. 1 werden ersetzt:

- a) der Betrag „39.272 S“ durch den Betrag „40.961 S“,
- b) der Betrag „34.691 S“ durch den Betrag „36.183 S“,
- c) der Betrag „28.838 S“ durch den Betrag „30.078 S“ und
- d) der Betrag „21.662 S“ durch den Betrag „22.593 S“.

17. Die Tabelle im § 54 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	Schilling
1	20 137
2	20 821
3	21 509
4	22 278
5	23 939
6	25 683
7	27 429
8	29 113

18. Im § 58 Abs. 1 wird der Ausdruck „67,69 vH“ durch den Ausdruck „67,86%“ ersetzt.

19. Die Tabelle im § 61 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe					
	k 6	k 5	k 4	k 3	k 2	k 1
	Schilling					
1	14 413	15 755	16 227	18 998	17 257	19 280
2	14 687	16 182	16 670	19 519	17 763	19 848
3	14 958	16 613	17 115	20 040	18 270	20 416
4	15 233	17 044	17 559	20 561	18 777	20 982
5	15 516	17 473	18 002	21 081	19 285	21 550
6	15 801	17 903	18 445	21 603	20 328	22 721
7	16 086	18 333	18 889	22 124	21 374	23 890
8	16 449	18 887	19 458	22 794	22 419	25 061
9	16 814	19 438	20 028	23 464	23 464	26 231
10	17 178	19 992	20 597	24 133	24 508	27 402
11	17 542	20 544	21 167	24 804	25 554	28 572
12	17 906	21 098	21 738	25 472	26 599	29 742
13	18 270	21 650	22 307	26 141	27 644	30 912
14	18 634	22 341	23 020	26 978	28 688	31 961
15	18 998	23 033	23 732	27 817	29 734	32 956
16	19 362	23 723	24 445	28 653	30 778	33 951
17	19 728	24 414	25 157	29 491	31 741	34 947
18	20 091	25 106	25 870	30 328	32 628	35 942
19	20 455	25 797	26 581	31 164	33 517	37 036
20	20 820	26 487	27 293	31 892	34 405	38 178
21	21 185	27 177	28 006	32 620	35 294	39 320
22	21 733	28 213	29 075	33 712	36 627	41 034

20. § 70 Abs. 1 bis 3 lautet:

„(1) Das monatliche Sonderentgelt (mit Ausnahme der Haushaltszulage) jener vollbeschäftigten Vertragsbediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1992 gemäß § 36 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, wird ab 1. Jänner 1992 um 4,3%, mindestens aber um 630 S, erhöht.

(1 a) Bei teilbeschäftigten Vertragsbediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1992 gemäß § 36 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, ist zunächst jenes Sonderentgelt zu ermitteln, das ihnen im Falle der Vollbeschäftigung gebühren würde. Auf dieses Sonderentgelt sind hierauf die im Abs. 1 vorgesehenen Berechnungsvorschriften anzuwenden. Von dem auf diese Weise errechneten Betrag ist schließlich jener Teil zu ermitteln, der sich unter Berücksichtigung des Beschäftigungsausmaßes ergibt. Dieser Teil gilt ab 1. Jänner 1992 als neues Sonderentgelt des teilbeschäftigten Vertragsbediensteten.

(2) Ergeben sich bei Anwendung der Abs. 1 und 1 a im Endergebnis Restbeträge von 50 g und mehr, so sind diese auf volle Schillingbeträge aufzurunden. Ergeben sich jedoch Restbeträge von weniger als 50 g, so sind diese zu vernachlässigen. Die nach den Abs. 1 und 1 a erforderlichen Maßnahmen bedürfen nicht der im § 36 vorgesehenen Genehmigung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

(3) Eine Erhöhung nach den Abs. 1 bis 2 ist jedoch nur dann vorzunehmen, wenn

1. sich diese Erhöhung nicht bereits aus dem Sondervertrag ergibt oder
2. im Sondervertrag die Erhöhung des Sonderentgeltes nicht an andere Anläßfälle als Bezugserhöhungen oder Teuerungsabgeltungen im öffentlichen Dienst geknüpft ist.“

21. Nach § 73 wird folgender § 73 a eingefügt:

#### „Übergangsbestimmungen für Vertragslehrer

§ 73 a. (1) Wird ein Vertragslehrer der Entlohnungsgruppe I 2a 2 des Entlohnungsschemas I, auf den § 42 a anzuwenden ist, außerhalb einer Volksschule auf einem für Lehrer der Entlohnungsgruppe I 2a 2 vorgesehenen Arbeitsplatz verwendet, und hätte er im Falle einer Einstufung in die Entlohnungsgruppe I 2a 1 Anspruch auf eine Dienstzulage

1. gemäß § 59 Abs. 5 Z 1 des Gehaltsgesetzes 1956 in Verbindung mit § 41 Abs. 2 oder

2. gemäß § 60 Abs. 1 Z 1 des Gehaltsgesetzes 1956 in Verbindung mit § 41 Abs. 2,

so gebührt ihm unter den Voraussetzungen der Abs. 2 oder 3 eine Ergänzungszulage.

(2) Im Fall des Abs. 1 Z 1 gebührt die Ergänzungszulage im Ausmaß des Unterschiedsbetrages zwischen dem Monatsentgelt (ohne Zula-

gen), das dem Vertragslehrer in der Entlohnungsgruppe I 2a 2 gebührt, und dem Monatsentgelt (ohne Zulagen), das ihm im Fall einer Überstellung in die Entlohnungsgruppe I 2a 2 ohne Anwendung des § 42 a gebührt hätte.

(3) Im Fall des Abs. 1 Z 2 gebührt die Ergänzungszulage im Ausmaß des Unterschiedsbetrages zwischen dem Monatsentgelt (ohne Zulagen), das dem Vertragslehrer in der Entlohnungsgruppe I 2a 2 gebührt, und dem Betrag, der sich zusammensetzt aus

1. dem Monatsentgelt (ohne Zulagen), das ihm gebühren würde, wenn er in der Entlohnungsgruppe I 2a 1 geblieben wäre, und
2. der Dienstzulage, die ihm in diesem Fall gemäß § 60 Abs. 1 Z 1 des Gehaltsgesetzes 1956 in Verbindung mit § 42 Abs. 1 gebührt hätte.

(4) Im übrigen teilt die Ergänzungszulage das rechtliche Schicksal der Dienstzulage, die im Fall des Verbleibens in der Entlohnungsgruppe I 2a 1 gemäß den §§ 59 Abs. 5 Z 1 und 60 Abs. 1 Z 1 des Gehaltsgesetzes 1956 in Verbindung mit § 41 Abs. 2 gebührt hätte.“

#### Artikel 5

#### Änderung der Bundesforste-Dienstordnung 1986

Die Bundesforste-Dienstordnung 1986, BGBl. Nr. 298, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 364/1991, wird wie folgt geändert:

1. Die Tabelle im § 21 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe			
	A	B	C	D
	Schilling			
1	19 492	14 910	13 235	11 903
2	19 936	15 206	13 448	12 097
3	20 375	15 509	13 662	12 287
4	20 818	15 832	13 875	12 481
5	21 263	16 153	14 087	12 675
6	21 905	16 829	14 545	13 059
7	22 551	17 502	14 811	13 284
8	23 188	18 177	15 074	13 505
9	23 833	18 849	15 340	13 733
10	24 473	19 524	15 619	13 954
11	25 294	20 196	15 908	14 190
12	26 114	20 723	16 194	14 429
13	26 931	21 248	16 491	14 671
14	27 750	21 773	16 796	14 913
15	28 571	22 296	17 093	15 156
16	29 391	22 822	17 397	15 402
17	30 210	23 348	17 697	15 663
18	31 031	23 873	17 996	15 921
19	32 641	25 106	18 789	16 542
20	34 255	26 341	19 580	17 177

2. Im § 24 Abs. 2 werden ersetzt:

- a) der Betrag „1.692 S“ durch den Betrag „1.765 S“,

- b) der Betrag „1.461 S“ durch den Betrag „1.524 S“,  
 c) der Betrag „1.000 S“ durch den Betrag „1.043 S“ und

d) der Betrag „844 S“ durch den Betrag „880 S“.

3. Die Tabelle im § 25 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsstufe	in der Zulagenstufe						
	1	frühestens mit Erreichen der Gehaltsstufe	2	3	4	5	6
	Schilling		Schilling				
A 1	12 392	12	16 370	20 666	24 965	29 256	31 403
A 2	8 853	10, 2. Jahr	12 058	15 501	18 945	22 388	25 833
A 3	3 573	10	4 606	5 744	6 891	8 031	9 172
B 1	7 274	13	11 813	16 160	20 700	—	—
B 2	5 425	13	6 527	7 532	8 643	9 752	10 307
B 3	3 026	13	3 862	4 635	5 475	6 307	—
B 4	1 817	10	2 110	2 397	2 590	—	—
B 5	1 498	10	1 747	1 997	2 243	2 490	—
C 1	2 336	13	2 748	3 317	3 878	4 442	5 005
C 2	2 063	15	2 576	3 222	3 862	4 183	—
C 3	1 239	13	1 740	2 300	2 864	3 427	—
C 4	481	13	722	963	1 205	1 444	—
D 1	612	10	883	1 161	1 434	1 706	—

4. §-28 Abs. 12 lautet:

„(12) Der Zuschlag zur Verwendungszulage beträgt

1. für Oberforstmeister
  - a) bis einschließlich des 950. Punktes 22,50 S,
  - ab dem 951. Punkt 4,50 S für jeden vollen Punkt;
2. für Bedienstete der Verwendungsstufe A 3
  - a) bis einschließlich des 50. Punktes 120,50 S,
  - b) vom 51. bis einschließlich 65. Punkt 176,50 S,
  - c) vom 66. bis einschließlich 80. Punkt 272,70 S,
  - d) vom 81. bis einschließlich 95. Punkt 136,40 S und
  - e) ab dem 96. Punkt 80,20 S für jeden vollen Punkt;
3. für Bedienstete des gehobenen Forstdienstes und Bedienstete, die mit der Leitung eines Sägewerkes betraut sind,
  - a) bis einschließlich des 6. Punktes 128,50 S,
  - b) für den 7. Punkt 256,80 S,
  - c) vom 8. bis einschließlich 10. Punkt 513,20 S,
  - d) vom 11. bis einschließlich 13. Punkt 770,20 S,
  - e) für den 14. und 15. Punkt 577,30 S,
  - f) vom 16. bis einschließlich 20. Punkt 385,00 S und
  - g) ab dem 21. Punkt 256,80 S für jeden vollen Punkt;
4. für Bedienstete der Verwendungsstufe D 1 148,40 S für jeden vollen Punkt.“

5. Im § 29 Abs. 2 wird der Betrag „2.308 S“ durch den Betrag „2.407 S“ und der Betrag „12,30 S“ durch den Betrag „12,80 S“ ersetzt.

6. Im § 29 a wird der Betrag „3.177 S“ durch den Betrag „3.314 S“ ersetzt.

7. § 93 a lautet:

„§ 93 a. (1) Das monatliche Sonderentgelt (mit Ausnahme der Haushaltszulage) jener vollbeschäftigten Bediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1992 gemäß § 70 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, wird ab 1. Jänner 1992 um 4,3%, mindestens aber um 630 S, erhöht.

(2) Bei teilbeschäftigten Bediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 1992 gemäß § 70 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, ist zunächst jenes Sonderentgelt zu ermitteln, das ihnen im Falle der Vollbeschäftigung gebühren würde. Auf dieses Sonderentgelt sind hierauf die im Abs. 1 vorgesehenen Berechnungsvorschriften anzuwenden. Von dem auf diese Weise errechneten Betrag ist schließlich jener Teil zu ermitteln, der sich unter Berücksichtigung des Beschäftigungsausmaßes ergibt. Dieser Teil gilt ab 1. Jänner 1992 als neues Sonderentgelt des teilbeschäftigten Bediensteten.

(3) Ergeben sich bei Anwendung der Abs. 1 und 2 im Endergebnis Restbeträge von 50 g und mehr, so sind diese auf volle Schillingbeträge aufzurunden. Ergeben sich jedoch Restbeträge von weniger als 50 g, so sind diese zu vernachlässigen. Die nach den Abs. 1 und 2 erforderlichen Maßnahmen bedürfen nicht der im § 36 vorgesehenen Genehmigung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

(4) Eine Erhöhung nach den Abs. 1 bis 3 ist jedoch nur dann vorzunehmen, wenn

1. sich diese Erhöhung nicht bereits aus dem Sondervertrag ergibt oder
2. im Sondervertrag die Erhöhung des Sonderentgeltes nicht an andere Anlaßfälle als Bezugserhöhungen oder Teuerungsabgeltungen im öffentlichen Dienst geknüpft ist.“



**Artikel 6****Änderung der 31. Gehaltsgesetz-Novelle**

Artikel IV der 31. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 662/1977, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 22/1991, wird wie folgt geändert:

Die Tabelle im Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Gehaltsstufe	Gehalt	
	Schilling	
2	19 206	
3	19 206	
4	19 206	
5	19 206	
6	20 592	
7	23 351	
8	24 736	
9	26 120	
10	27 499	
11	28 885	
12	30 266	
13	31 650	

Gehaltsstufe	Gehalt	
	Schilling	
14	33 031	
15	34 413	
16	35 019	
17	35 617	
18 1. und 2. Jahr	36 215	
18 ab 3. Jahr	36 818	

**Artikel 7****Inkrafttreten**

Es treten in Kraft:

1. Die Art. 2 bis 4, Art. 5 Z 1 bis 5 und 7 und Art. 6 mit 1. Jänner 1992,
2. Art. 1 Z 1 bis 4 und 6 mit 1. Feber 1992,
3. Art. 5 Z 6 mit 1. Juli 1992 und
4. Art. 1 Z 5, 7 und 8 mit dem dem Tag der Verlautbarung im Bundesgesetzblatt folgenden Tag.“